

THEMA

ARBEITEN IN DER KRISE

Feministischer Rückschlag

Tessie Jakobs

Die Corona-Pandemie trifft Menschen je nach Geschlecht in unterschiedlicher Weise. Krisenmanagement sollte deshalb unbedingt auch feministisch sein.

„Lasst uns mal Klartext sprechen. Wenn die Zeiten hart sind, sind es immer die Männer, die den Betrieb am Laufen halten.“ Kommentare wie diese sind in den sozialen Netzwerken zurzeit viele zu lesen. Der Eindruck, dass es Männer sind, die in der aktuellen sanitären Krise über die wichtigsten Kompetenzen verfügen, kommt nicht von ungefähr: In der luxemburgischen Presse wurden in den vergangenen Wochen auffällig wenige Frauen nach ihrer medizinischen oder wissenschaftlichen Expertise gefragt. In dem Sinne stimmt es schon, dass im Moment vorrangig Männer als „die Experten“ gelten, während Frauen größtenteils als der Teil der Bevölkerung thematisiert wird, der sich im weitesten Sinne des Wortes „kümmert“. Ob es deshalb aber ausschließlich die Männer sind, die „den Betrieb am Laufen halten“, lässt sich bezweifeln.

Frauen sind überdurchschnittlich oft als Kranken- oder Altenpflegerin, Putzkraft, Lehrerin oder Erzieherin tätig. Nie galt diesen Berufen so viel Aufmerksamkeit wie zum jetzigen Zeitpunkt: Was sie ausmacht, ist nicht nur, dass sie notwendig sind, damit unsere Gesellschaft funktionieren kann, sie müssen auch vor Ort und im direkten Kontakt mit unzähligen Menschen ausgeübt werden - auch der Lehrberuf bald wieder -, was ein erhöhtes Gesundheitsrisiko mit sich bringt.

Das bedeutet nicht, dass Frauen wichtigere Arbeit leisten als Männer, denn natürlich arbeiten auch letztere zum Teil in systemrelevanten Berufen. Deutlich ist allerdings, dass Frauen die Hauptleidtragenden der Corona-Pandemie sind. Es ist davon auszugehen, dass die aktuelle Krise die Geschlechterungleichheit im Kontext bezahlter und unbezahlter Arbeit noch zusätzlich verstärken wird.

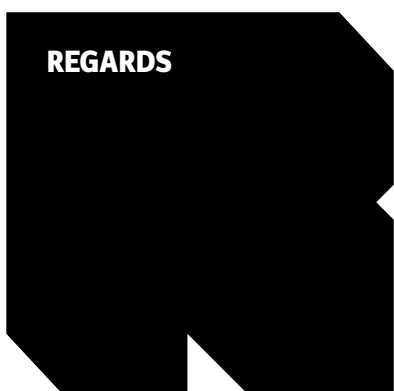
Das zeigt sich unter anderem am Beispiel des Homeoffice, das für Müt-

ter andere Konsequenzen mit sich bringt als für Väter. Laut einer Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Union übernahmen im Jahr 2016 in Luxemburg 92 Prozent der 25- bis 49-jährigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren täglich die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder, aber nur 78 Prozent der Männer. Durch die Krise ist der Betreuungsbedarf bekanntermaßen gestiegen: Die Kleinen können weder in die Maison relais noch zu den Großeltern, viele müssen zudem beim Homeschooling betreut werden. Wer im Homeoffice eine Chance für Väter sieht, sich mehr in die Kinderbetreuung einzubringen, wird wahrscheinlich enttäuscht: Aus einer vor einem Jahr publizierten Studie der Hans-Böckler-Stiftung geht hervor, dass sich Väter im Homeoffice nicht mehr Zeit für die Kinder nehmen, Frauen dagegen schon. Die Last, die daraus entsteht, dass Kitas und Maisons relais geschlossen sind, fällt also hauptsächlich auf Frauen zurück.

Die Problematik stellt sich umso mehr für die größtenteils weiblichen Alleinerziehenden, von denen auch schon vor der Krise über 45 Prozent unter der Armutsgrenze lebten. Die Lage dürfte sich in den letzten Wochen nur verschlimmert haben, auch aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit. Noch nie war es so wichtig, im Haushalt geleistete Erziehungs- und Hausarbeit monetär aufzuwerten und vom Armutsrisiko Betroffene zu unterstützen. Auch Arbeitszeitverkürzungen, Mindestloohnerhöhung und Gender-Budgeting erscheinen in der aktuellen Krise dringender denn je.

Prekäres Putzen

Doch auch dann, wenn Hausarbeit entlohnt wird, wird sie unter prekären Bedingungen ausgeübt. In wenigen systemrelevanten Berufsfeldern trifft dies in dem Maße zu wie im Reinigungssektor. Auch hier sind wieder mehrheitlich Frauen betroffen, sind doch 83 Prozent aller Reinigungskräfte weiblichen Geschlechts. Bei vielen davon handelt es sich um Migrantinnen.



... why does it always rain on me?

QUELLE: CCO PUBLIC DOMANN



Haus- und Erziehungsarbeit fällt in der Krise verstärkt auf Frauen zurück.

Vor allem für privat angestellte Putzkräfte ist die Pandemie mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden. Sie müssen weiterhin arbeiten, es sei denn, sie erhalten eine Dispens von ihrem*ihrer Arbeitgeber*in. Ein Recht auf Kurzarbeit haben die Betroffenen in dieser Zeit allerdings nicht. Es ist also an den Arbeitgeber*innen, sie weiter zu bezahlen und so ihr finanzielles Überleben zu sichern. Akteure wie etwa Time for Equality fordern deshalb, Kurzarbeit auch für Reinigungskräfte zu ermöglichen. Dadurch würde ihnen nicht nur die nötige Anerkennung zuteil, auch eine notwendige Garantie ihrer Rechte und ihres Schutzes sei damit gewährleistet, heißt es in einem offenen Brief der Organisation. Eine solche Änderung könne zu einem notwendigen Mentalitätswandel innerhalb der Gesellschaft führen.

Gehen die Reinigungskräfte weiterhin ihrer Arbeit nach, müssen sie eine erhöhte Ansteckungsgefahr in Kauf nehmen. Vor allem dann, wenn die Arbeitgeber*innen nicht für angemessene Schutzvorkehrungen sorgen. „Il est souvent difficile de respecter les deux mètres de distance entre le personnel et les personnes vivant dans le foyer“, erklärt uns die Zentralsekretärin des OGBL-Syndikats Services privés de nettoyage, d'hygiène et

de l'environnement, Estelle Winter, auf Nachfrage hin. Um auf diese Problemlage zu reagieren, hat der OGBL am Montag einen „Guide pratique“ für Putzkräfte und ihre Arbeitgeber*innen veröffentlicht. So müssen letztere etwa sowohl Mundschutz als auch Desinfektionsmittel zur Verfügung stellen.

Wie Winter jedoch erklärt, lässt sich nur schwerlich kontrollieren, ob die Vorschriften auch eingehalten werden. Eine weitere Schwierigkeit: „La peur du salarié de perdre son emploi limite énormément notre action“. In Anbetracht der Lage fordert der OGBL nicht nur, die Schutzmaßnahmen für Arbeitgeber*innen verpflichtend zu machen und ihre Einhaltung durch Kontrollen der Inspection du travail et des mines (ITM) zu garantieren, sondern zudem eine Risiko- sowie eine Unterstützungsprämie für Reinigungspersonal vorzusehen.

Feministisches Krisenmanagement

An diesen Beispielen wird deutlich, dass gerade in Krisenzeiten feministische Belange kein Luxusproblem sind. Die Krise wirkt sich de facto anders auf Männer als auf Frauen aus und die Benachteiligung nimmt nur noch zu, wenn es sich zusätzlich um

alleinerziehende, einkommensschwache, obdachlose, ältere Frauen oder solche mit Behinderung handelt. Es versteht sich also von selbst, dass ein geschlechtsneutrales Krisenmanagement wenig sinnvoll ist.

Wie sich die Pandemie auf die Lage der Frauen ausgewirkt hat, wird erst im Nachhinein eindeutig festgestellt werden können. Zurzeit fehlt es dazu nämlich noch am nötigen Zahlenmaterial, was, wie die Plattform Journée internationale des femmes (jif) am Montag in einem Schreiben unterstrich, auf keinen Fall so bleiben darf.

Darin werden Ministerien und zuständige Institutionen dazu aufgerufen, verlässliches Zahlenmaterial zu liefern, um „Ungleichheiten und Missstände aufdecken, analysieren und bekämpfen zu können“. Gefragt wird jeweils nach Geschlecht, Alter, Beruf, Wohnort, Nationalität, Familienstand, Arbeitsverhältnis und Gehalt von Menschen, die Sonderurlaub oder Kurzarbeit beantragt haben oder etwa als Pflege- oder Reinigungspersonal in Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen arbeiten. Entsprechende Zahlen werden zudem bezüglich Alleinerziehenden, Reinigungskräften in Privathaushalten und zwischen dem 10. März und dem 10. Mai arbeitslos Gewordenen gefordert.

Die Daten, so heißt es im Schreiben, könnten der Regierung dabei behilflich sein, sozial gerechte Krisenmaßnahmen und Nachkrisenmaßnahmen umzusetzen.

Gerade eine solch feministische Vorgehensweise ist notwendig, damit die Gesellschaft nicht noch ungleicher aus der Krise hervorgehen wird. Ein Mangel an Zahlen soll jedoch nicht bedeuten, dass nicht jetzt schon gehandelt werden kann. Frauen waren schon vor der Krise strukturell benachteiligt und es kann davon ausgegangen werden, dass sich an diesem Umstand zumindest nichts verbessert hat. Daran ändert auch ein wenig Anerkennung durch Klatschen vom Balkon nicht viel. Bei jeder politischen Maßnahme die Situation von Frauen und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, sollte gerade jetzt zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Und auch wenn es zurzeit nicht die höchste Priorität hat, so könnten auch Medien dazu beitragen, Rollenklischees nicht unnötig festzuklopfen. Das kann bedeuten, öfter mal einen Lehrer oder Vater beziehungsweise eine Ärztin oder Forscherin zu interviewen.